

THEMA IM LANDTAG

Kalter Kaffee statt neuer Konzepte

Es würde sein großer Tag werden, mag sich Kultusminister Busemann (CDU) vorher gedacht haben. Aber seine Regierungserklärung zur Schulpolitik offenbarte nur eins: Diese Landesregierung versucht mit den Konzepten von gestern die Probleme von morgen zu lösen. Das aber muss schief gehen.

Die Erwartungen waren groß, als Kultusminister Busemann seine Regierungserklärung zur Schulpolitik begann. Schließlich hatte am Tag zuvor eine Untersuchung der OECD dem deutschen Bildungssystem eklatante Mängel bescheinigt: Es sei im internationalen Vergleich unterfinanziert, in den deutschen Schulen werde zu sehr auf das Aussortieren vermeintlich schlechterer Schüler und zu wenig auf die individuelle Förderung abgestellt. Was würde Busemann zu dieser ernüchternden Einschätzung durch renommierte Bildungsforscher sagen?

Die Antwort ist traurig: Gar nichts. Das mag auch daran gelegen haben, dass der Kultusminister internationale Vergleichsstudien schon zuvor als »langweilig«, »ermüdend« und »überflüssig« bezeichnet hat. Ein Schüler, der sein Zeugnis so wenig ernst nimmt, müsste um seine Versetzung bangen.

Busemann versuchte ein Bild von der »schönen neuen Schul-Welt« in Niedersachsen zu zeichnen, das mit der Realität wenig zu tun hat. Entsprechend deutlich fiel die Reaktion von Wolfgang Jüttner, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, aus. »Wir haben einen Kultusminister erlebt, der sich beruflich neu orientieren will – als Legendenstricker«. Die Schulrealität sieht anders aus, stellte Jüttner dar: er verwies auf die schlechte Unterrichtsversorgung, die die Landesregierung mit plumpen Rechentricks zu verschleiern versucht. Er kritisierte, dass die Klassen immer größer werden und folglich die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler leidet. Und er betonte, dass die massiven Kürzungen der Landesregierung – Eltern müssen die Schulbücher selbst bezahlen, für Sprachförderung und Hausaufgabenhilfe gibt es kein Geld vom Land mehr – gerade sozial schwache Familien treffen. Besonders dreist sei es, dass der Minister sich der

Genehmigung neuer Ganztagschulen röhme, obwohl er keinen einzigen zusätzlichen Cent für die erforderlichen Lehrerstellen zur Verfügung stelle. Jüttner verwies auf zukunftsweisende Themen wie Sprachförderung, selbstständige Schule, Hochbegabtenförderung, Modernisierung der Eingangsstufe an Grundschulen und dem frühen Lernen von Fremdsprachen. Das sind aber Dinge, die vor 2003 im Niedersächsischen Kultusministerium qualifiziert entwickelt worden sind.

In seiner Rede zitierte Jüttner den Schulleitungsverband Niedersachsen, der sehr deutlich darstellte, dass sich die Umsetzung neuer Erlasse und Verordnungen in den Schulen als schwierig gestalte und feststellte, dass die Verärgerung in den Schulen zunimmt. Dem Kultusminister kann man nur sagen: nichts ist paletti an unseren Schulen.

Anders als Busemann blieb Jüttner aber nicht bei der Beschreibung des status quo stehen, sondern zeigte auch Perspektiven auf. Die SPD strebe ein Schulsystem an, dass die Qualität des Unterrichts in den Mittelpunkt rücke. »Statt in die Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer zu investieren, streicht diese Landesregierung aber die Mittel für Fortbildungen zusammen«, so Jüttner. Angesichts der steigenden Anforderungen des Arbeitsmarktes und des absehbaren Fachkräftemangels müsse das Bildungssystem allen Schülern die Chance auf individuelle Entwicklung geben. Das im neuen Schulgesetz festgeschriebene dreigliedrige Schulsystem schaffe hingegen neue Barrieren. Deshalb so Jüttners Fazit, »ist das dreigliedrige Schulsystem nicht die Lösung, sondern Teil des Problems.«

Mehr Infos unter:
<http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?preview=true&nodeId=6459&lang=de> (Achtung, geschützter Bereich, s. Artikel S. 2)

**Liebe Leserinnen
und Leser**



Christian Wulff verschenkt jedes Jahr 520 Millionen Euro. So viel könnte Niedersachsen mehr einnehmen, wenn Wulff den Subventionsabbau im Bundesrat nicht aus rein parteitaktischen Motiven blockieren würde. Doch statt bei den Subventionen zu sparen, kürzt diese Landesregierung bei den Schwächsten der Gesellschaft – bei behinderten, kranken und alten Menschen.

Wir wollen als SPD-Landtagsfraktion in Zukunft noch breiter über die Politik der Regierung Wulff und vor allem unsere eigenen Konzepte informieren. Deshalb werden wir nach jeder Landtagssitzung einen »online TiL« veröffentlichen, in dem wir über die wichtigsten Themen berichten. Im Internet finden Sie weitere Informationen – vor allem in unserem Passwort-geschützten Bereich »Netzwerk Niedersachsen«.

Ich wünsche Ihnen und euch viel Spaß beim Lesen und würde mich über Reaktionen zu dieser ersten Ausgabe des »online TiLs« sehr freuen.

Euer

Sigur ~ Jüttner

Eklat im Landtag: Möllring unterstellt Heiner Bartling kriminelle Machenschaften

Im Landtag gehen die Wogen öfter mal hoch. Einen solchen Eklat hat es aber schon lange nicht mehr gegeben: Finanzminister Möllring (CDU) beschuldigte den SPD-Abgeordneten Heiner Bartling, während seiner Amtszeit als Innenminister kriminelle Machenschaften im Zusammenhang mit der Spielbank in Hittfeld (Kreis Harburg) »gedeckt« zu haben. Nachdem Möllring eine Entschuldigung für diese Entgleisung verweigerte, verließen die SPD-Abgeordneten die Landtagssitzung. Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Möllring.

Eigentlich ging es bei der Plenarsitzung am 16. September um den Gesetzentwurf von CDU und FDP zur Privatisierung der niedersächsischen Spielbanken. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Heiner Bartling hatte in einer betont sachlichen Rede die schwerwiegenden Bedenken der SPD gegen den Verkauf der Spielbanken erläutert. Doch dann ergriff Finanzminister Möllring das Wort. Statt die politische Auseinandersetzung mit den Argumenten der Opposition zu suchen, griff er ganz tief in die Schmuddelkiste: Er warf Bartling vor, als Innenminister gemeinsam mit seinem damaligen Staatssekretär Lichtenberg kriminelle Machenschaften in der Spielbank Hittfeld »gedeckt« zu haben. Im Klartext: Möllring unterstellte, Bartling und Lichtenberg hätten sich der Strafvereitelung im Amt und der Beihilfe zum Betrug schuldig gemacht. Zur Erinnerung: Ende der 90er Jahre kam es in Hittfeld zu technischen Manipulationen an Roulettischen, die selbst der TÜV nicht nachweisen konnte. Unmittelbar nach seinem Amtsantritt als Innenminister griff Bartling gemeinsam mit seinem damaligen Staatssekretär Werner Lichtenberg in der Affäre hart durch und deckte den Skandal damit auf. Möllring, der schon damals im Landtag saß, war wie alle anderen Abgeordneten genauestens über die Vorfälle informiert. Seine eigene

Faktion lobte Bartling damals für sein konsequentes Vorgehen – das einigen CDU-Politikern allerdings zu weit ging: sie fürchteten, Spieler könnten durch die verschärften Sicherheitsmaßnahmen »abgeschreckt« werden. Als Mitglied der Landesregierung hat Möllring Zugang zu sämtlichen Akten. Er musste also wissen, dass Bartling sich nichts, aber auch gar nichts vorzuwerfen hat.

Unmittelbar nach Möllrings Skandal-Rede ergriff Bartling das Wort und forderte eine Entschuldigung. Möllring jedoch bekräftigte seine Vorwürfe. Offensichtlich war seine Äußerung kein Ausrutscher in der Hitze des Gefechts, sondern eine gezielte Provokation. Nachdem das stenografische Protokoll der Rede vorlag, beantragte die SPD-Fraktion die sofortige Einberufung des Ältestenrats, um den Vorgang sachlich zu klären. CDU und FDP lehnten dies ab. Damit blieb den SPD-Abgeordneten nichts anderes übrig, als den Plenarsaal zu verlassen.

Da sich Möllring auch am Folgetag zu keiner Korrektur seiner Äußerungen bereit erklärte, haben Bartling und Lichtenberg bei der Staatsanwaltschaft Hannover inzwischen Strafanzeige wegen Verleumdung erstattet.

Über die Gründe von Möllrings Pöbelei kann man nur spekulieren. Vielleicht lie-



Heiner Bartling; Innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

gen die Nerven des Herrn Finanzministers schlicht deshalb blank, weil Heiner Bartling mit seiner sachlichen Kritik an zentralen innenpolitischen Projekten der Landesregierung immer mehr Gehör findet.

Mehr Infos unter: <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=6458&lang=de> (Achtung, geschützter Bereich, s. Artikel S. 2)

Das »Niedersachsen-Netzwerk«

Interne Informationen im geschützten Bereich des Fraktions-Internetauftritts

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte User können sich auf der Internetseite <http://www.spd-landtag-nds.de> mit ihrem Passwort Zugang zum geschützten Bereich verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategie und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter u.v.m.

Die weiterführenden Informationen, die in diesem online-TIL verlinkt sind, können ebenfalls nur über das geschützte »Niedersachsen-Netzwerk« aufgerufen werden.

Neue Zugangsberechtigungen können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511 / 3030-4038) unter Angabe von Namen, eMail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Termine

Kommunalpolitische Tagung der SPD-Landtagsfraktion auf Einladung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Sigmar Gabriel

Themen: Konnexität, Änderungen an der NGO, HARTZ IV und kommunale Finanzen

Dienstag, 05. Oktober 2004, 10–13h; Raum 122, Niedersächsischer Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Um Anmeldungen wird bis zum 01.10.2004 an: Thilo.Scholz@lt.niedersachsen.de gebeten.

Landtagsplenum

27.–29. Oktober 2004

Friedrich-Ebert-Stiftung im Landtag; Start der Reihe »familienfreundliches Niedersachsen«

Mittwoch, 27. Oktober 2004, 12.30h im Restaurant Leineschloss, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Impressum:

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1; 30159 Hannover

V.i.S.d.P.: Dr. Cornelius Schley, Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen
Die SPD-Landtagsfraktion haftet nicht für fremde Inhalte von Internetseiten, zu denen man durch externe Links gelangt.

Hartz IV: Großen Worten müssen jetzt Taten folgen

Ab dem 1. Januar 2005 wird es für alle arbeitslose Hilfeempfänger hinsichtlich der Leistungshöhe und der Arbeits- und Qualifizierungsangebote keinen Unterschied mehr machen, ob sie vorher Arbeitslosengeld bezogen haben oder nicht. Künftig kommt es nur noch auf ihre Arbeitsfähigkeit an. Arbeitsfähigen Hilfeempfängern stehen in Zukunft alle Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik offen. Vermittlungsanstrengungen werden durch eine bessere Betreuungsquote erhöht und Hilfen aus einer Hand erbracht. Davon profitieren alle Hilfeempfänger.

Mehr als 90 Prozent aller bisherigen Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfeempfänger mit aufstockender Sozialhilfe erhalten in Zukunft höhere Leistungen als heute. Erstmals werden alle bisherigen Sozialhilfeempfänger in die gesetzliche Sozialversicherung einbezogen. Besonders profitieren werden allein Erziehende und ihre Kinder.

Jüngere Langzeitarbeitslose sind ebenfalls Nutznießer der Reform. Alle Hilfeempfänger unter 25 Jahren erhalten ein Angebot auf Ausbildung, Arbeit oder Qualifizierung, damit keine »Hilfekarrieren« entstehen.

Insgesamt werden sehr viel weniger Menschen sehr viel geringere Einbußen in Kauf nehmen müssen als Populisten von links und rechts Glauben machen wollen. Die Verunsicherung der Bevölkerung ist aber auch darauf zurückzuführen, dass z.B. ein Ministerpräsident Wulff trotz seiner Zustimmung im Vermittlungsausschuss selten darauf hinwies, wie wichtig und grundsätzlich richtig die Reform ist. Statt sich um Aufklärung zu bemühen, wurde verschleppt und parteitaktisch agiert.

In Wahrheit wollte Christian Wulff Hartz IV massiv verschärfen. Gemeinsam mit den anderen Ministerpräsidenten aus der Union wollte er:

1. einen deutlich niedrigeren Freibetrag bei der Anrechnung des Vermögens von Kindern;
2. eine gegenseitige Unterhaltpflicht für Eltern und Kinder; jetzt endet die Unterhaltpflicht in der Regel mit dem 18. Lebensjahr
3. die Einbeziehung von Hilfeempfängern in die gesetzliche Rentenversicherung.

Auch bei dem nun von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Ausführung von Hartz IV in Niedersachsen gibt es Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten: So zeigen Berechnungen aus dem Vermittlungsausschuss, dass Niedersachsen aus der Reform des Wohngeldgesetzes und der Eingliederungshilfe Nettoeinsparungen in Höhe von rund 150 Millio-

nen Euro erwachsen. Diese Mittel sollten – so hatten es Bund und Länder vereinbart – ungeschmälert an die Kommunen weitergeleitet werden. Die Landesregierung aber rechnet lediglich mit Nettoeinsparungen in Höhe von 90 Millionen. Sie hat es bis heute versäumt nachzuweisen, wie sie auf eine Nettoeinsparung kommt, die zu Gunsten des Landes und zu Lasten der Kommunen auf 60 Millionen Euro weniger kommt als im Vermittlungsausschuss errechnet.

Die SPD hat dem Ausführungsgesetz zu Hartz IV in Niedersachsen dennoch zu-

gestimmt. Denn wir meinen, dass diese Arbeitsmarktreform unverzichtbar ist – trotz aller Härten, die sich für einige Betroffene ergeben können. Jetzt wird es landespolitisch darauf ankommen, der Landesregierung bei der Entlastung der Kommunen genau auf die Finger zu schauen. Wir werden jedenfalls nicht zulassen, dass sich die Landesregierung einmal mehr auf Kosten der Städte und Gemeinden bereichert.

Mehr Infos unter: <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=6460&lang=de> (Achtung, geschützter Bereich, s. Artikel S. 2)

Polizeireform beschlossen

Die mit den Stimmen von CDU und FDP beschlossene Polizeistrukturreform ist in erster Linie eine Folge der voreilig, ohne vorherige ergebnisoffene Aufgabenkritik und ohne Folgekostenabschätzung beschlossenen Zerschlagung der Bezirksregierungen. Es handelt sich bei Gesetz zur Umorganisation der Polizei jedoch um weit mehr als eine harmlose Organisationsveränderung. Die SPD-Landtagsfraktion hat das Gesetz aus drei Gründen abgelehnt: Der Gesetzentwurf ignoriert erstens das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum großen Lauschangriff, zweitens ist die Finanzfolgenabschätzung nichts anderes als eine traurige Fortsetzung der Trickserie bei den Zahlen zur Verwaltungsreform und drittens zementiert dieser Gesetzentwurf eine Polizeiorganisation, die auf eine zivile Vernetzung des Polizeiapparates vollständig verzichtet.

Der vom Gesetz beschrittene Weg der Umorganisation der Polizei ist inhaltlich falsch, weil zugunsten eines straff hierarchisch organisierten Polizeiapparates vollständig auf jede zivile Vernetzung der Polizei verzichtet werden soll. Nicht nur durch Herauslösung der Polizei aus den Bezirksregierungen wird die zivile Vernetzung der Polizei aufgehoben: Auch die organisatorische Einheit zwischen Landkreisen und Polizeiinspektionen wird aufgegeben, ohne dass dafür überzeugende Gründe genannt werden können. Es liegt auf der Hand, dass weder die Aufklärung noch die Prävention von Straftaten besser organisiert werden können, wenn die hierfür erforderlichen Fachleute der Polizei nicht mehr an Ort und Stelle – da wo sie gebraucht werden –, sondern weit weg an vermeintlich zentraler Stelle vorgehalten werden. Eine solche Organisation der polizeilichen Arbeit ist nicht nur teuer, sondern führt auch zu längeren Wartezeiten für den Bürger und zu einem Wiederaufleben der Aufteilung zwischen Schutz- und Kriminalpolizei. Die SPD-Landtagsfraktion hält es deshalb für wesentlich effizienter, alle Polizistinnen und Polizisten zu Spezialisten bei der Aufnahme von Alltagskriminalität auszubilden als dies einigen wenigen ausgewählten Spezialisten an zentralen Standorten zu überlassen. Der Arbeitsalltag eines Polizisten aus der Polizeistation vor Ort wird künftig darin bestehen, die Kollegen aus der zentralen Inspektion anzurufen und auf deren Eintreffen zu warten. Es besteht Anlass zu der Befürchtung, dass CDU und FDP diese organisatorischen Veränderungen zur Wiedereinführung des mittleren Dienstes in der Polizei nutzen wollen.

Mehr Infos unter: <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=6446&lang=de> (Achtung, geschützter Bereich, s. Artikel S. 2)

Regierungsfraktionen verweigern die Einbeziehung des Landtags bei der Entscheidung über eine weitere Elbvertiefung

In der Debatte um eine weitere Elbvertiefung haben die Regierungsfraktionen am 17.09. ihren Schlinger-Kurs fortgesetzt. Auf Antrag der SPD-Fraktion sollte vor einer abschließenden Zustimmung Niedersachsens zu einer weiteren Fahrinnenanpassung der Elbe eine Feststellung durch den Landtag darüber erfolgen, ob die in einer Kabinettsvorlage formulierten Auflagen zu Deichsicherheit, ökologischen Beeinträchtigungen usw. auch tatsächlich eingehalten werden. In einer hitzigen Debatte, in der insbesondere die CDU versuchte, ihre Kehrtwende in Sachen Elbvertiefung zu rechtfertigen, stand am Ende eine Ausschussüberweisung des SPD-Antrages, obwohl eine sofortige Abstimmung beantragt wurde.

Während Regierungschef Wulff einen Blankoscheck für dieses ökonomisch und ökologisch unsinnige Mammutprojekt haben wollte, hat die Bundesregierung die Bedenken der Menschen in der Region ernst genommen und die Aufnahme der Elbvertiefung in den Bundesverkehrswegeplan zurückgestellt. Bislang liegen nur Gefälligkeitsgutachten für das 350 Millionen Euro teure Projekt vor. Dies ist nicht ausreichend, um die tatsächlichen Auswirkungen einer erneuten Fahrinnenanpassung bewerten zu können. Aus diesem Grund fordert die Bundesregierung weitere umfangreiche Gutachten ein und stellt die Entscheidung unter den Vorbehalt des Bundesumweltministeriums.

Während die Landesregierung frühzeitig ihre Zustimmung zur Elbvertiefung signalisierte, haben die SPD-Politiker aus der Region gegenüber der Bundesregierung die Interessen Niedersachsens vertreten. Die SPD-Fraktion ist froh, dass die Lobbyisten Hamburgs in der niedersächsischen Landesregierung vom Bund gestoppt wurden sind.

Das intransparente Verfahren der Regierungsfraktionen über eine weitere Elbvertiefung wurde wieder einmal deutlich. Denn sonst hätte sie ohne Probleme dem



Hans-Dieter Haase,

Antrag der SPD – der wesentliche Teile eines alten CDU-Antrages aus der letzten Legislaturperiode enthält – zustimmen können. Damit wäre der Weg für eine Einbeziehung und Entscheidungsfindung des Landtages in dieser Frage geöffnet.

Mehr Infos im Internet:
<http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=6461&lang=de> (Achtung, geschützter Bereich, s. Artikel S.2)

Kurz notiert: Beamtenrecht – Kein goldener Handschlag

Die CDU/FDP Landesregierung beabsichtigt, den von ihr angestrebten Stellenabbau im Rahmen der Verwaltungsreform teilweise dadurch zu erreichen, das Beamtinnen und Beamte bei einer Umbildung von Behörden in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können. Diejenigen, die davon Gebrauch machen wollen, können sich nach Vorstellung der Landesregierung einfach an eine Behörde versetzen lassen, die künftig aufgelöst werden soll. Mit dem von der SPD-Fraktion vorgelegten Gesetzentwurf sollen derartige Tauschgeschäfte unterbunden werden. In Zeiten von Hartz-IV ist es nicht vermittelbar, dass reihenweise Beamte mit dem goldenen Handschlag in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden sollen.

Mehr Infos im Internet: <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=6445&lang=de> (Achtung, geschützter Bereich, s. Artikel S.2)

Privatisierung als Ideologie

Die Landesregierung plant die Privatisierung der Seehäfen. Wirtschaftsminister Hirche will die Hafenämter in Emden, Norden, Wilhelmshaven, Brake und Cuxhaven zum 1.1.2005 in eine GmbH Co. KG mit Sitz in Oldenburg umwandeln. In einer Expertenanhörung des Parlamentsausschusses für Häfen und Schifffahrt wurde die geplante Privatisierung kritisch beurteilt, vor allem weil nicht überzeugend dargelegt werden konnte, welchen Vorteil die Umwandlung der Ämter in eine private Rechtsform mit sich brächte.

Die Landesregierung verfolgt mit der Privatisierung offenbar zwei Ziele: Sie will die Landeszuschüsse absenken und die Landesverwaltung aus ideologischen Gründen weiter »verschlanken«. Der niedersächsischen Hafenwirtschaft und den Beschäftigten nützt dies jedoch nicht.

In der letzten Woche hat die Landesregierung ein Hafensicherheitsgesetz in den Landtag eingebracht, mit dem die Privatisierung in weiten Teilen schon vorweg genommen wurde. Damit privatisiert Hirche auch das hoheitliche Handeln der Hafenverwaltung, das nach dem Grundgesetz nur von Bediensteten des Staates ausgeübt werden kann auf eine GmbH & Co. KG. Die SPD-Landtagsfraktion hat massive verfassungsrechtliche Bedenken gegen diese Pläne.

Mehr Infos im Internet: <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=6461&lang=de> (Achtung, geschützter Bereich, s. Artikel S.2)

Bingo wird zur Mogelpackung

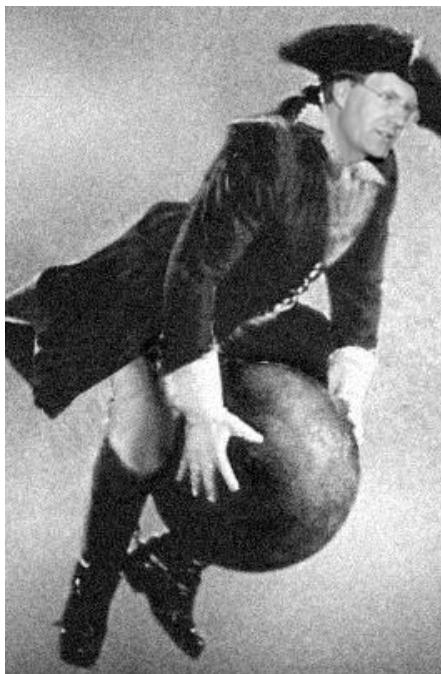
Die Strategie des Umweltministers zur Zerschlagung der erfolgreichen Bingo-Umweltlotterie ist nicht aufgegangen. Der Minister wollte die Mittel der Bingo-Lotterie und der Wattenmeerstiftung zweckfremd der von seinem Haus verwalteten Niedersächsischen Umweltstiftung zuschlagen. Erfolg hatte Sander dagegen bei den Kürzungen. Für das Jahr 2005 hat die Landesregierung nun eine weitere Kürzung von 1 Million Euro beschlossen. Auf Antrag der SPD hat sich nun auch der Landtag mit diesem Thema befasst. Denn was die Landesregierung plant, ist nichts anderes als Betrug an den Bingo-Spielern. Ihnen wird vorgaukelt, sie unterstützen mit dem Loskauf sinnvolle Umweltprojekte. In Wirklichkeit aber wird der Großteil der Erlöse zum Stopfen von Haushaltslöchern missbraucht.

Lügenbaron Wulff: Flugblatt-Aktion der SPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hält eine umfangreiche Reihe von Flugblättern zur aktuellen Landespolitik bereit. Sie eignen sich sowohl zur Mitgliederinformation als auch für Infostände und Hausverteilungen. Themen sind (1) Schulpolitik, (2) Ländlicher Raum, (3) Integration, (4) Verwaltungsreform, (5) Bingo, (6) Ehrenamt, (7) Kommunalpolitik, (8) Landesbedienstete, (9) Familien und Kinder und (10) Sozialpolitik.

Die Druckvorlagen für die Flugblätter stehen als Download auf den Internetseiten der Fraktion zur Verfügung. Adresse: <http://www.spd-landtag-nds.de>, Rubrik Flugblätter September 2004. Für den Download ist ein Zugang zum »Niedersachsen-Netzwerk« notwendig.

Nachfragen und nähere Informationen bei Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038).



Link-Tipps:

<http://www.spd-landtag-nds.de>

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag und ihr »Niedersachsen-Netzwerk«.

<http://www.spd-niedersachsen.de>

Homepage des SPD-Landesverbandes Niedersachsen.

<http://www.arbeitsmarktreform.spd.de/servlet/PB/menu/1034926/index.html>

Die Sonderseiten des SPD-Parteivorstands zu HARTZ IV.

<http://www.wahlrecht.de>

Informationen zu Wahlen, Wahlrecht und Wahlsystemen. Besonders spannend: die stets aktuellen Umfragen zu Bundes- und Landtagswahlen.

<http://www.election.de>

Umfragen, Wahlsysteme und Informationen zu Bund und Ländern, aber auch für andere Staaten. Derzeit der Hit: der Poll-Tracker zu den US-Präsidentenwahlwahlen.

<http://babelfish.altavista.com/>

Der bewährte Internet-Übersetzungsservice nicht nur für die Fans von Douglas Adams.

Kurz notiert:

Geplante Abschaffung Widerspruchsverfahren

Während bundesweit der Trend hin zu außergerichtlicher Streitschlichtung und Güteverhandlungen zunimmt, will die CDU/FDP-Landesregierung Bürgerinnen und Bürgern durch die weitgehende Abschaffung des Widerspruchsverfahrens den außergerichtlichen Rechtsschutz abschneiden und auf den teuren Klageweg verweisen. Wenn sich CDU und FDP durchsetzen, wird es für Bürgerinnen und Bürger künftig sehr teuer, gegen Verwaltungsentscheidungen etwa im Bereich des Wohngeldes, der Jugendhilfe, des Bafogs aber auch gegen kommunale Gebührenbescheide vorzugehen. Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich deshalb für flexible und bürgernahe Verwaltungsverfahren ein und will die Abschaffung des bürgernahen Rechtsschutzes verhindern.

Weitere Informationen im Internet: <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=6447&lang=de>

Konnexität: Nur weiße Salbe für Kommunen

Es ist ein Paradigmenwechsel in der Politik der SPD im Niedersächsischen Landtag: Unabhängig von der jeweiligen parteipolitischen Regierungsmehrheit soll in Zukunft der Gestaltungswille der Landespolitik an den Toren der Städte und Gemeinden enden, solange die Kommunen ihren Aufwand vom Land nicht voll ersetzt bekommen. Geht es nach dem Willen der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion, dann wird die Landesverfassung dahingehend geändert, dass die Kommunen ein Vetorecht gegen alle Landesgesetze erhalten, bei denen sie mit der Regelung der finanziellen Folgekosten nicht einverstanden sind. Ausführungsge setze für Bundes- und Europarecht eingeschlossen.

Ein solches Vetorecht der Kommunen (auch bekannt als »Österreichisches Modell«) hatte vor der Wahl auch die CDU versprochen. Doch der Gesetzentwurf der Regierungsfraktionen, der jetzt erstmals im Landtag beraten wurde, bietet den Städten und Gemeinden nur weiße Salbe.

CDU und FDP sind auf die Stimmen der SPD angewiesen, um die Verfassung zu ändern. Bevor die SPD-Landtagsfraktion der Verfassungsänderung zustimmt, muss es in folgenden Punkten substantielle Verbesserungen geben:

- Einführung eines Verbandsklagerechts für die Kommunalen Spitzenverbände sowie des vom Ministerpräsidenten versprochenen Vetorechts für die Kommunen.
- Sicherstellung, dass Konnexität und Konsultation nicht einfach dadurch ausgehebelt werden können, dass das Gesetz nicht durch die Landesregierung, sondern durch die Regierungsfraktionen eingebracht wird.
- Keine Beschränkung des Konnexitäts-Ausgleichs auf »unabeweisbare Mehrbelastungen«, wie dies von CDU und FDP beabsichtigt ist. Es müssen die entstehenden notwendigen Mehrbelastungen ersetzt werden.
- Viertens müssen die vorgesehenen Restriktionen bei der Erstattung von Kosten überarbeitet werden, wenn bereits bestehende kommunale Aufgaben von Seiten des Landes verändert werden und dadurch Kosten für die Kommunen entstehen. Was CDU und FDP sich hier als »Bagatellgrenze« vorstellen, ist gerade für die ärmeren Kommunen nicht hinnehmbar.